

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 06, Juni 2022

Inhalt

Aus der Rechtsprechung.....	2
Zweifel am Aufteilungsgebot bei Beherbergungsumsätzen	
Bislang galt es als ausgemacht, dass der ermäßigte Steuersatz auf Beherbergungsleistungen keine Anwendung auf Leistungen findet, die (wie etwa ein Hotelfrühstück) nicht unmittelbar der Vermietung dienen. Der Bundesfinanzhof (BFH) findet das nun ernstlich zweifelhaft – jetzt kommt es auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) an.	2
Vorsteuervergütung bei unvollständigem Antrag	
Im Jahr 2020 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) es den deutschen Behörden gleich in zwei Urteilen im Ergebnis untersagt, Vorsteuervergütungsanträge bei leichteren Formverstößen ohne Weiteres abzulehnen. Das Finanzgericht (FG) Köln hat nun unter Berufung auf diese Rechtsprechung einen ähnlichen Fall entschieden, es bleibt aber abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof (BFH) den Fall aufgreift. ...	3
Aus der Finanzverwaltung.....	4
Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen bei verspäteter Abgabe der Zusammenfassenden Meldung	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat das bereits länger erwartete Schreiben für den Fall der Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen bei verspäteter Abgabe der Zusammenfassenden Meldung (ZM) veröffentlicht – erwartungsgemäß lässt sich in diesen und anderen Fällen die Steuerbefreiung rückwirkend heilen, was aber nicht unbedingt vor der Verhängung eines Bußgelds schützt.	4
Zum Übergang der Steuerschuldnerschaft bei Telekommunikationsleistungen	
Nach Meinung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) soll die zum 1. Januar 2021 eingeführte neue Regelung des Übergangs der Steuerschuldnerschaft für Telekommunikationsleistungen an Wiederverkäufer nicht auf Wohneigentümergeinschaften (WEGs) und Vermieter von Immobilien Anwendung finden.	5
In eigener Sache.....	6
Service	7
Ihre Ansprechpartner	7

Aus der Rechtsprechung

Zweifel am Aufteilungsgebot bei Beherbergungsumsätzen

Bislang galt es als ausgemacht, dass der ermäßigte Steuersatz auf Beherbergungsleistungen keine Anwendung auf Leistungen findet, die (wie etwa ein Hotelfrühstück) nicht unmittelbar der Vermietung dienen. Der Bundesfinanzhof (BFH) findet das nun ernstlich zweifelhaft – jetzt kommt es auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) an.

Fundstellen:

BFH XI B 2/21 (AdV), Beschluss vom 7. März 2022; V R 22/20, Beschluss vom 26. Mai 2021 (EuGH-Vorlage, am EuGH anhängig als C-516/21 „Y“, geführt unter „Finanzamt X“); EuGH C-94/09 „Kommission ./l. Frankreich“, Urteil vom 6. Mai 2010 („Bestatter-Urteil“); C-463/16 „Stadion Amsterdam“, Urteil vom 18. Januar 2018

Die Antragstellerin betrieb ein Hotel. In den Streitjahren erhielten alle Hotelgäste obligatorisch ein Frühstück und Zugang zum Spa – die Buchung der Übernachtung ohne diese zusätzlichen Komponenten war nicht möglich. Zunächst wies sie einen ermäßigten Steuersatz nur auf die Übernachtung aus. Später beanspruchte sie den ermäßigten Steuersatz auch für das Frühstück und den Zugang zum Spa, weil sie die Auffassung vertrat, dass es sich um eine einheitliche Leistung handele, die insgesamt dem ermäßigten Steuersatz unterliege. Das Finanzamt teilte diese Meinung nicht, die Antragstellerin beantragte Aussetzung der Vollziehung (AdV).

Der BFH hatte ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der abschlägigen Entscheidung des Finanzamts. Der ermäßigte Steuersatz für Beherbergungsleistungen gelte aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht für Leistungen, die nicht unmittelbar der Vermietung dienen – und zwar auch dann, wenn diese Leistungen mit dem Entgelt für die Vermietung abgegolten sind. Wie das Gericht weiter mitteilt, gehören zu den Leistungen, die in diesem Sinne nicht unmittelbar der Vermietung dienen, auch Frühstücksleistungen. Das Aufteilungsgebot gelte auch, soweit die weiteren Leistungen als Nebenleistung zur Übernachtungsleistung als Hauptleistung erbracht werden. Diese Regelung habe bislang als unionsrechtskonform gegolten.

Der BFH stützt seine Zweifel an der Vereinbarkeit des Aufteilungsgebots mit dem Unionsrecht auf zwei Umstände. Zum einen hatte der EuGH in seinem Urteil „Stadion Amsterdam“ mitgeteilt: Besteht eine einheitliche Leistung aus einem Haupt- und einem Nebenbestandteil, die für sich genommen unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen unterliegen, dann ist die gesamte Leistung dem für den Hauptbestandteil maßgeblichen Mehrwertsteuersatz zu unterwerfen. Das galt dem EuGH zufolge auch dann, wenn der vom Abnehmer gezahlte Gesamtpreis entsprechend aufgeteilt werden konnte. Daraus könne – so der BFH – folgen, dass das gesetzliche Aufteilungsgebot für Beherbergungsleistungen vom Gebot verdrängt wird, dass die unselbstständige Nebenleistung das umsatzsteuerliche Schicksal der Hauptleistung zu teilen hat.

Zum anderen habe der Fünfte Senat des BFH im vergangenen Jahr dem EuGH ein Verfahren in einer ähnlichen Frage vorgelegt. Der Meinung des Fünften Senats zufolge ist fraglich, ob nach der Richtlinie aus der (grundsätzlich steuerfreien) Vermietung eines Grundstücks zusammen mit der (für sich genommen steuerpflichtigen) Vermietung von Betriebsvorrichtungen ein Gebot zur Aufteilung des einheitlichen Entgelts in einen steuerfreien und einen steuerpflichtigen Teil folge. Die noch ausstehende Antwort könne, wie der Elfte Senat des BFH in seinem Beschluss mitteilt, auf die Beurteilung der steuerlichen Behandlung von Beherbergungsleistungen zu übertragen sein.

Hinweis

Das Hotelfrühstück ist – mit Ausnahme der Abgabe von Getränken – nach derzeitigem Stand noch bis zum 31. Dezember 2022 ermäßigt besteuert (§ 12 Abs. 2 Nr. 15 UStG). Presseberichten zufolge erwägt die Bundesregierung eine weitere Verlängerung dieser Regelung oder sogar eine zeitlich unbegrenzte Begünstigung. Zuletzt lag aber noch kein Gesetzesentwurf vor.

Es sollte beachtet werden, dass es bei dem vorliegenden Verfahren lediglich um eine Entscheidung über die Aussetzung der Vollziehung (AdV) geht. Ein AdV-Antrag kann bereits dann erfolgreich sein, wenn sich aufgrund summarischer Prüfung ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsaktes einstellen. Daher kommt die Entscheidung über einen AdV-Antrag einem Urteil grundsätzlich nicht an Aussagekraft gleich – zumal das Gericht seine Zweifel auch auf eine noch ausstehende Antwort des EuGH stützt.

Im Grunde stehen sich hier zwei Entscheidungen des EuGH gegenüber, deren Verhältnis zueinander der EuGH zu klären haben wird: Die Entscheidung „Stadion Amsterdam“ sowie das sogenannte „Bestatter-Urteil“.

Im Urteil „Stadion Amsterdam“ wurde ein geführter Stadionrundgang (Hauptbestandteil) mit einem nicht geführten Museumsbesuch (Nebenbestandteil) kombiniert. Ein Museumsbesuch war ohne Rundgang nicht möglich. Beide Bestandteile hätten für sich genommen unterschiedlichen Steuersätzen unterliegen; wie ausgeführt entschied der EuGH, dass der Steuersatz der einheitlichen Leistung sich (nur) nach dem Steuersatz des Hauptbestandteils richtete.

Gegenstand des „Bestatter-Urteils“, eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Frankreich, war der Umstand, dass Frankreich die Beförderung von Leichnamen mit einem Fahrzeug dem ermäßigten Steuersatz unterwarf. Nach Meinung der EU-Kommission stellten alle Leistungen von Bestattungsinstituten an die Familien der Verstorbenen für die Zwecke der Mehrwertsteuer einen einheitlichen komplexen Umsatz dar, der demnach mit einem einheitlichen Steuersatz belegt werden müsse. Der EuGH entschied sich jedoch für eine Anwendung des ermäßigten Steuersatzes (lediglich) auf die Beförderung des Leichnams als „konkretem und spezifischem Aspekt“ der Dienstleistung der Bestatter.

Wie der EuGH dieses Spannungsverhältnis auflösen und welche Folgen das für die Praxis haben wird, bleibt abzuwarten. Hierbei könnte die Frage eine Rolle spielen, ob die betreffenden Nebenleistungen in Wettbewerb zu Leistungen stehen, die unabhängig von einer anders gearteten Hauptleistung erbracht werden.



Vorsteuervergütung bei unvollständigem Antrag

Im Jahr 2020 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) es den deutschen Behörden gleich in zwei Urteilen im Ergebnis untersagt, Vorsteuervergütungsanträge bei leichteren Formverstößen ohne Weiteres abzulehnen. Das Finanzgericht (FG) Köln hat nun unter Berufung auf diese Rechtsprechung einen ähnlichen Fall entschieden, es bleibt aber abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof (BFH) den Fall aufgreift.

Fundstellen:

FG Köln 2 K 2086/21, Urteil vom 16. März 2022;
EuGH C-371/19 „Kommission ./. Deutschland“, Urteil vom 18. November 2020;
C-346/19 „Y-GmbH“, Urteil vom 17. Dezember 2020

Die in Tschechien ansässige Klägerin hatte im Rahmen eines Vorsteuervergütungsantrags fristgerecht die Erstattung der Vorsteuer aus acht Rechnungen (darunter vier Kleinbetragsrechnungen) beantragt. Die Rechnungen, die keine Kleinbetragsrechnungen waren, reichte sie elektronisch ein. Diese Rechnungen wiesen sämtlich sowohl die deutsche Steuernummer als auch die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID) des inländischen Rechnungsausstellers auf. Die Antragstellerin übernahm diese Nummern aber nicht in die Felder, die in der Anlage zum Vergütungsantrag dafür vorgesehen waren. Das zuständige deutsche Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) forderte die Klägerin vergeblich auf, einen neuen bzw. korrigierten Antrag über das elektronische Portal der tschechischen Finanzbehörden zu stellen. Stattdessen übersandte die Klägerin eine E-Mail, in der sie sowohl die betreffende USt-ID als auch den Umstand mitteilte, dass diese USt-ID für sämtliche Rechnungen dieselbe sei. Das BZSt vergütete lediglich die Vorsteuer aus den Kleinbetragsrechnungen (die nach § 33 UStDV keiner Steuernummer oder USt-ID bedürfen) und wies den Antrag im Übrigen mit der Begründung ab, dass die Klägerin trotz schriftlicher Aufforderung keine vollständige Anlage vorgelegt habe, in der auch die Steuernummer oder die USt-ID des leistenden Unternehmers aufgeführt sei.

Das FG Köln gab der Klägerin recht. Auch mit Bezug auf die Rechnungen, die keine Kleinbetragsrechnungen waren, habe die Klägerin einen wirksamen Antrag eingereicht. Der Umstand, dass die Klägerin die Steuernummer oder USt-ID nicht eingetragen habe, stehe einer Vergütung der Vorsteuer aus den Rechnungen nicht entgegen. Nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH verlange das Grundprinzip der Mehrwertsteuerneutralität, dass der Vorsteuerabzug gewährt wird, wenn die materiellen Voraussetzungen erfüllt sind, selbst wenn der Steuerpflichtige bestimmten formellen Voraussetzungen nicht genügt hat. In solchen Fällen dürfe die Steuerverwaltung hinsichtlich des Rechts eines Steuerpflichtigen auf Ausübung

des Vorsteuerabzugs keine zusätzlichen Voraussetzungen aufstellen, die die Ausübung des Rechts vereiteln könnten. Das habe der EuGH auch mit Bezug auf das Vergütungsverfahren bestätigt.

Die Verwaltung verfüge über die Angaben, die für die Feststellungen hinsichtlich des Vorsteuerabzugs erforderlich sind, wenn der Mitgliedsstaat (wie Deutschland) mit der Antragstellung die Übersendung von Rechnungskopien verlange und der Antragsteller die Rechnungen eingereicht habe. Aus der Rechtsprechung des EuGH folge, dass die Finanzverwaltung bei unzureichenden Angaben in einem Vorsteuervergütungsantrag die fehlenden Informationen aus den ihr vorliegenden Rechnungen zu entnehmen habe. Die in der Antragsanlage fehlenden USt-IDs oder Steuernummern waren daher vom BZSt anhand der mit dem Antrag eingereichten Rechnungen zu ermitteln, die diese Nummern auch enthielten.

Der Verstoß der Klägerin gegen die formellen Erfordernisse verhindere nicht den sicheren Nachweis, dass die materiellen Anforderungen für den Vorsteuerabzug erfüllt sind. Nur wenn dies der Fall sei, sei nach der Rechtsprechung des EuGH (abgesehen von hier nicht einschlägigen Missbrauchsfällen) ein Vorsteuerabzug ausgeschlossen. Ein derartiger Ausnahmefall sei hier aber nicht gegeben, da dem Beklagten alle erforderlichen Rechnungsunterlagen im Hinblick auf die abgerechneten Umsätze vorlagen.

Durch die unterbliebene Angabe der USt-ID bzw. der Steuernummer in der Antragsanlage sei hier die Arbeit des BZSt auch nicht unzumutbar erschwert worden. Die jeweiligen Rechnungen seien unschwer und sicher anhand der in der Anlage angegebenen Rechnungsnummern, des jeweiligen Rechnungsdatums und der genannten Umsatzsteuerbeträge zu identifizieren und den Angaben in der Antragsanlage zuzuordnen gewesen.

Hinweis

Das FG Köln nimmt in seinem Urteil Bezug auf die beiden im November und Dezember 2020 ergangenen EuGH-Urteile „Kommission ./. Deutschland“ sowie „Y-GmbH“, in denen der EuGH bestimmte Praktiken des BZSt beanstandet hatte (siehe [Ausgabe 12](#) unseres Newsletters *Umsatzsteuer-News* vom Dezember 2020 bzw. [Ausgabe 1](#) vom Januar 2021). Es sollte aber beachtet werden, dass gegen das Urteil des FG Köln Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt wurde, die am BFH unter dem Aktenzeichen XI B 34/22 geführt wird. Ob und mit welchem Ergebnis der BFH das Verfahren aufgrund dieser Beschwerde an sich ziehen und wie er gegebenenfalls darüber entscheiden wird, bleibt abzuwarten. So oder so bleibt auch weiterhin zu raten, bei der Erstellung eines Vorsteuervergütungsantrags möglichst große Vorsicht und Umsicht walten zu lassen.

Aus der Finanzverwaltung

Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen bei verspäteter Abgabe der Zusammenfassenden Meldung

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat das bereits länger erwartete Schreiben für den Fall der Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen bei verspäteter Abgabe der Zusammenfassenden Meldung (ZM) veröffentlicht – erwartungsgemäß lässt sich in diesen und anderen Fällen die Steuerbefreiung rückwirkend heilen, was aber nicht unbedingt vor der Verhängung eines Bußgelds schützt.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom
[20. Mai 2022](#) und vom
[9. Oktober 2020](#)

Mit Wirkung vom 1. Januar 2020 wurden die Voraussetzungen für die Steuerbefreiungen innergemeinschaftlicher Lieferungen im Zuge der sogenannten Quick Fixes ergänzt. Einer Steuerbefreiung steht es nach § 4 Nr. 1 lit. b UStG seither entgegen, „wenn der Unternehmer seiner Pflicht zur Abgabe der Zusammenfassenden Meldung (§ 18a) nicht nachgekommen ist oder soweit er diese im Hinblick auf die jeweilige Lieferung unrichtig oder unvollständig abgegeben hat. § 18a Absatz 10 bleibt unberührt“. Ungeklärt – auch durch ein Schreiben des BMF vom 9. Oktober 2020 (siehe [Ausgabe 8](#) unseres Newsletters *Umsatzsteuer aktuell* vom November 2020) – blieb die Frage, was im Fall einer verspäteten Abgabe der ZM gelten soll. Auch der Verweis auf § 18a Abs. 10 UStG, wonach der Unternehmer eine nachträglich als unrichtig oder unvollständig erkannte ZM binnen einem Monat zu berichtigen hat, brachte hier keine Klarheit, sondern

warf eher die Frage auf, ob etwa die Möglichkeit, die Voraussetzungen der Steuerbefreiung nachträglich herbeizuführen, zeitlich beschränkt sei.

Nun hat das BMF sich ausdrücklich auch zum Fall der verspäteten Abgabe der ZM geäußert. Wird eine nicht fristgerecht abgegebene ZM erstmalig für den betreffenden Meldezeitraum richtig und vollständig abgegeben, so lägen in diesem Zeitpunkt erstmals die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung vor, bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen sei die Steuerbefreiung zu gewähren. Sowohl die erstmalige Abgabe einer ZM als auch die Berichtigung einer fehlerhaften ZM durch den Unternehmer innerhalb der Festsetzungsfrist entfalten für Zwecke der Steuerbefreiung Rückwirkung. Die Verpflichtung zur Abgabe einer richtigen und vollständigen ZM für Zwecke der Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 1 lit. b UStG bestehe auch über die in § 18a Abs. 10 UStG genannte Monatsfrist hinaus.

Das BMF fügt zudem einige Klarstellungen in den Umsatzsteuer-Anwendungserlass ein. Der Umstand, dass eine ZM nicht, unrichtig oder unvollständig abgegeben wird, betreffe den jeweiligen Meldezeitraum – was durch einen Hinweis auf § 18a Abs. 8 UStG abgerundet wird, in dem geregelt wird, welche Angaben für welchem Meldezeitraum zu machen sind. Das bedeutet: Die Korrektur einer (zum Beispiel) unvollständigen ZM kann nicht durch die Meldung des Umsatzes in einer anderen ZM erfolgen. Weiter wird klargestellt, dass die in § 18a Abs. 10 UStG normierte Frist ausschließlich den Zwecken der Durchführung eines ordnungsgemäßen innergemeinschaftlichen Kontrollverfahrens sowie eines etwaigen Bußgeldverfahrens (§ 26a Abs. 2 Nr. 5 UStG) diene. Die rückwirkende Gewährung der Steuerbefreiung im Veranlagungsverfahren schließe ein Bußgeldverfahren des Bundeszentralamts für Steuern nach § 26a Abs. 2 Nr. 5 UStG nicht aus.

Hinweis

Die Grundsätze dieses Schreibens sind dem BMF zufolge erstmals auf innergemeinschaftliche Lieferungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2019 bewirkt werden. Die vorstehenden Grundsätze finden auch auf innergemeinschaftliche Verbringungen Anwendung (§ 6a Abs. 2 UStG; vgl. Abschnitt 6a.1 Abs. 21 Sätze 3 und 4 UStAE).

Zum Übergang der Steuerschuldnerschaft bei Telekommunikationsleistungen

Nach Meinung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) soll die zum 1. Januar 2021 eingeführte neue Regelung des Übergangs der Steuerschuldnerschaft für Telekommunikationsleistungen an Wiederverkäufer nicht auf Wohneigentümergemeinschaften (WEGs) und Vermieter von Immobilien Anwendung finden.

Dem Schreiben zufolge sind WEGs für Telekommunikationsdienstleistungen als Leistungsempfänger nicht Steuerschuldner, wenn diese Leistungen (nach § 4 Nr. 13 UStG steuerfrei oder – bei Leistungen an andere Unternehmer – infolge einer Option im Sinne des § 9 Abs. 1 UStG steuerpflichtig) an die einzelnen Wohnungseigentümer weitergegeben werden. Dasselbe gilt für die Erbringung von Telekommunikationsleistungen an Vermieter, die diese an die einzelnen Mieter weitergeben – sofern es sich hierbei um Nebenleistungen zur steuerfreien (bzw. infolge Option steuerpflichtigen) Vermietung handelt. In diesem Zusammenhang teilt das BMF mit, dass es neben einer Anzahl weiterer Leistungen nun auch die Bereitstellung eines Internet- und/oder TV-Anschlusses durch den Vermieter in der Regel als Nebenleistung zur Vermietung ansieht.

Hinweis

Die Grundsätze dieses Schreibens sind dem BMF zufolge in allen offenen Fällen anzuwenden. Bei Leistungen, die vor dem 1. Juli 2022 ausgeführt werden, werde es nicht beanstandet, wenn die Beteiligten übereinstimmend die Vorschrift des § 13b Abs. 2 Nr. 12 UStG angewendet haben.

Das BMF schweigt in seinem Schreiben zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) „WEG Tevesstraße“ (siehe [Ausgabe 1](#) der *Umsatzsteuer-News* vom Januar 2021), aus dem hervorging, dass die Steuerbefreiung der Leistungen der Grundstückseigentümer nach § 4 Nr. 13 UStG keine Grundlage im Unionsrecht hat. Zwar ist hier (vor allem, weil sich diese Vorschrift wegen ihres klaren Wortlauts nicht unionsrechtskonform auslegen lässt) eher der Gesetzgeber gefordert. Bis das erfolgt ist, dürften WEGs faktisch ein Wahlrecht haben, ob sie ihre Leistungen steuerfrei oder steuerpflichtig abrechnen möchten, und zwar auch dann, wenn der Umsatz nicht an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Es ist aber zu beachten, dass das BMF-Schreiben für den Fall einer Berufung auf das Unionsrecht keine Regelung vorsieht, sodass nach dem genauen Wortlaut des Schreibens insoweit ein Übergang der

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom
2. Mai 2022;
EuGH C-449/19 „WEG
Tevesstraße“, Urteil vom
17. Dezember 2020

Steuerschuldnerschaft stattzufinden scheint, weil es sich weder um den Fall einer Steuerbefreiung noch um den Fall einer Option nach § 9 Abs. 1 UStG handelt – auch wenn sich sicherlich Argumente finden ließen, die Grundsätze des vorliegenden Schreibens auch im Fall einer Steuerpflicht infolge Berufung auf das Unionsrecht anzuwenden.

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

nach mehr als 31 Jahren bei PwC geht Ende diesen Monats unser Kapitän von Bord. Wir verabschieden Götz Neuhahn, der die Geschicke der Umsatzsteuer- und Zollberatung bei PwC in Deutschland über viele Jahre geführt und geprägt hat, in den wohlverdienten Ruhestand.

Die Umsatzsteuer gestattet uns aber nur einen kurzen Abschied: Zu schnell, vielfältig und spannend sind die Herausforderungen, vor denen Sie, liebe Leserinnen und Leser, und wir als Umsatzsteuer-Expertinnen und -Experten tagtäglich stehen. Und wir sind bestens aufgestellt: In Berlin hat schon vor einiger Zeit Nicole Stumm das Zepter von Götz Neuhahn übernommen und mit Sounia Kombert haben wir aus unseren Reihen die ideale Nachfolgerin für die Leitung der Umsatzsteuer- und Zollberatung bei PwC in Deutschland nominieren können. Zudem freuen wir uns, dass mit Patrick Kalski (Zoll), Marcel Detmering (Hannover) und Sven Kreilkamp (Berlin) drei neue Direktoren unser Leadership-Team ergänzen und David Kosiak (Köln) Sie und uns nun in anderer Rolle als Partner unterstützt.

Ihr Redaktionsteam

Service

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Sven Kreilkamp

Tel.: +49 30 2636-5693
sven.kreilkamp@pwc.com

Frankfurt am Main / Mannheim

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg / Hannover

Markus Huellmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

Marcel Detmering

Tel.: +49 511 5357-5571
marcel.detmering@pwc.com

München / Stuttgart / Nürnberg

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Düsseldorf / Köln / Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

David Kosiak

Tel.: +49 221 2084-270
david.kosiak@pwc.com

Franz Kirch

Tel.: +49 201 438-1120
franz.kirch@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

ITX Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

ITX Deals

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

ITX Business Recovery Services

Maria Milanovic

Tel.: +49 89 5790-5979
maria.milanovic@pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juni 2022 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de